

# UNI INFO



Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg, Karin Wolf-Freytag, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann-Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

4/82  
4. März

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschuß für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

## Ein „großes Paket“ würde Strukturschwäche der Universität beseitigen

### Studiengang Jura wieder in den Wahlkampf gerückt

Eine Erklärung der Universitätsleitung mit der Überschrift „Warum zögert Cassens mit Studiengang Jura in Oldenburg?“ hat nicht nur bei den Politikern des Nordwestraumes, sondern auch bei Wissenschaftsminister Dr. Johann-Tönjes Cassens selbst Reaktionen hervorgerufen. Er sagte auf einer Wahlkampfveranstaltung in Oldenburg, für die von der Universität beantragten Studiengänge Jura, Angewandte Informatik und Lebensmittelchemie werde möglicherweise ein Gesamtpaket geschnürt.

Zuvor hatten die beiden CDU-Landtagsabgeordneten Josef Dierkes und Dr. Heinrich Niewerth aufgrund von Befürchtungen, die Landesregierung wolle Jura für Oldenburg nun doch fallen lassen, in einem Schreiben an Ministerpräsident Dr. Albrecht ermahnt, daß die Universität in den Jahren 1983 bis 1985 insgesamt 159 Stellen benötige. Damit könnten nicht nur Jura, Lebensmittelchemie und Angewandte Informatik eingerichtet, sondern auch die weiteren Personalprobleme der Hochschule gelöst werden. Ein Teil der Stellen müßte durch Einsparungen im Lehrerausbildungsbereich „erwirtschaftet“ werden.

SPD-Abgeordneter Horst Milde und FDP-Kandidat Erich Küpfer erklärten, die Einrichtung eines Fachbereichs Jura an der Oldenburger Universität sei längst überfällig.

„Wir würden es außerordentlich begrüßen, wenn für die Universität endlich ein großes Paket geschnürt würde“, sagte Vizepräsident Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke zu den Äußerungen des Wissenschaftsministers, wonach er eine „große Lösung“ mit Jura, Informatik und Lebensmittelchemie anstreben will. So könne

die bisherige Strukturschwäche der Universität, ihr fachlich noch nicht hinreichend breites Studienangebot, beseitigt werden.

Wenn dies jetzt vom Wissenschaftsminister auch so gesehen werde, so hat die Universität nach vielen Jahren der Enttäuschungen die Hoffnung, daß den Worten ohne Verzug Taten folgten und nicht nur als Außenreue im Wahlkampf gewertet werden müßten. Die Universität zumindest sei zu sofortiger und konstruktiver Mitarbeit im Hinblick auf die konkrete Planung der Studiengänge bereit. gh

## Zitat

Im abgelaufenen Wintersemester hatten sich bei einer Kapazität von 11.000 Plätzen im Jura-Bereich für dieses Studium 18.000 Interessenten angemeldet, von denen dann 15.000 tatsächlich das Studium aufgenommen haben. Bereits das hat zur Überfüllung der meisten juristischen Fakultäten geführt. Für das Sommersemester stehen den rund 2.300 Plätzen, die im Jura-Bereich zu vergeben sind, rund 4.500 Anmeldungen gegenüber.“ aus „Rundblick“ vom 26.2.

## Termin für die Lehrerprüfung

Studenten, die die Voraussetzungen der Übergangsbestimmungen der Realschullehrerprüfungsordnung (§ 26 Absatz 5) vom 9.6.1980 erfüllen und die Prüfung nach der Prüfungsordnung vom 26.7.1968 ablegen wollen, müssen sich bis zum 1. April 1982 beim Wissenschaftlichen Landesprüfungsamt für Lehrämter, Außenstelle Oldenburg, anmelden. In begründeten Ausnahmefällen ist das Prüfungsamt auch bereit, bis zum 30. April Meldungen entgegenzunehmen. Nach diesem Termin besteht Ausschlußfrist. Die Zulassung zur Prüfung muß bis zum 30. Juni 1982 erfolgen.

## Präsidentenbericht

Zu Beginn des Sommersemesters soll der vom Präsidenten auf der letzten Konzilsitzung Anfang Februar vorgelegte Rechenschaftsbericht in einer weiteren Konzilsitzung diskutiert werden. Bis dahin wird er auch voraussichtlich schriftlich vorliegen.

## Studienreform

Die ersten beiden der insgesamt 31 niedersächsischen Studienreformkommissionen haben ihre Empfehlungen zusammen mit Musterstudien- und -prüfungsordnungen vorgelegt. Im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Anhörungsverfahrens hat der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Johann-Tönjes Cassens, jetzt die betroffenen Hochschulen gebeten, zu den vorliegenden Arbeitsergebnissen der Studienreformkommissionen der Physik und Chemie/Pharmazie Stellung zu nehmen.

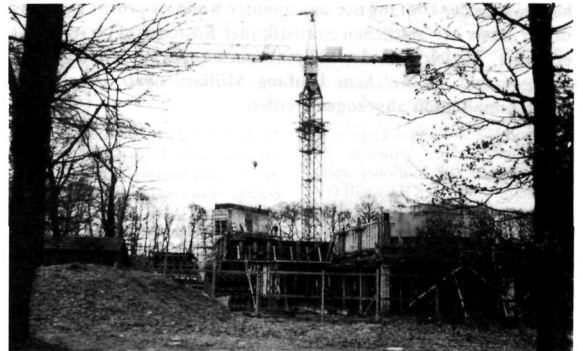
## Lehrer in Dänemark

Noch bis zum 15. April 1982 können sich jüngere Lehrer beim Kultusministerium um eine Stelle als Gastlehrer in Dänemark bewerben. Informationen über das Programm, das auch für arbeitslose Lehrer offensteht, erteilt das Akademische Auslandsamt.

## Positives Votum des Ministers zur Kooperation mit dem DGB

„Mit Interesse“ hat Wissenschaftsminister Dr. Johann-Tönjes Cassens den Antrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) für das Forschungsvorhaben 'Regionale Öffnung der Hochschulforschung für Arbeitnehmerprobleme durch Kooperationsstellen' zur Kenntnis genommen. In einem von ihm selbst unterzeichneten Schreiben meinte Cassens, das Projekt werde sicher dazu beitragen, die im Jahre 1974 auf der Grundlage der Kooperationsvereinbarung zwischen dem DGB und der Universität Oldenburg begonnene Arbeit zu intensivieren. Er bäte jedoch um Verständnis dafür, daß die Finanzlage des Landes leider keine materielle Unterstützung des Vorhabens zulasse.

Ob das im wesentlichen vom Bundeswissenschaftsministerium geförderte



## Wechloy: Teilübergabe schon 1983?

Die ersten Naturwissenschaftler können möglicherweise schon Ende 1983 einen Teil der Gebäude auf dem Standort Wechloy beziehen, wo insgesamt 1700 Studienplätze für die Fachbereiche Biologie, Chemie, Physik sowie Mathematik und Informatik entstehen. Das teilen jetzt die Bauunternehmen mit. Ursprünglich sollte die Übergabe im Verlauf des Jahres 1984 stattfinden, doch Konjunkturfalte - besonders im Baugewerbe - und hohe Zinsen ermöglichen offenbar die rasche Fertigstellung des 160-Millionen-Mark-Projektes, zu dem auch das bereits an die Universität übergebene Energielabor gehört. Das in seiner Art einzigartige Labor wird zur Zeit erprobt. Foto: Räther

## Mit dienstaufsichtlichen Maßnahmen gedroht

### Auseinandersetzung um VDS-Erlaß des Ministers

Zu einer Auseinandersetzung ist es zwischen der Universität und dem Wissenschaftsminister wegen der Beitragszahlungen der Studentenschaft an die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) gekommen. Der Wissenschaftsminister hatte am Rosenmontag in einem Fernschreiben, das auch der Presse zugänglich war, die Leiter der Hochschulen aufgefordert sicherzustellen, daß vorläufig keine finanziellen Leistungen der niedersächsischen Studentenschaften an die VDS mehr erfolgten. Er begründete dies mit einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster, in dem dem AstA der Universität Münster inzwischen rechtskräftig untersagt worden ist, Beiträge an die VDS wegen der Wahrnehmung des politischen Mandats abzuführen. Hiervon seien lediglich Zuschüsse zur Förderung konkreter Einzelprojekte, die ausschließlich hochschul-

und studentenbezogen betrieben würden, ausgenommen.

Über diesen Erlaß hatte die Universitätsleitung sofort den AstA informiert und ihm eine Kopie des Fernschreibens zugesandt. Sie tat dies aufgrund ihrer rechtlichen Einschätzung, daß die Untersagung der Beitragszahlung dem ministeriellen Kompetenzkreis staatlicher Rechtsaufsicht über die Studentenschaften zuzuordnen sei. Aus diesem Grund wurde auch davon ausgegangen, daß das Fernschreiben als unmittelbar an die Studentenschaft der Universität Oldenburg gerichtet anzusehen sei.

Diese Rechtsauffassung, die sich auf das Hochschulrahmengesetz (§ 41 Abs. 2 Satz 3) stützt, löste beim Niedersächsischen Wissenschaftsminister eine heftige und im Stil ungewöhnliche Reaktion aus. Das Ministerium stellte nicht nur fest, daß es eine andere Rechtsauffassung vertrete, nach der die Leiter der Hochschulen die Rechtsaufsicht des Landes über die Studentenschaft ausüben, sondern schrieb auch noch im Wortlaut vor, wie die Universitätsleitung den ministeriellen Erlaß umzusetzen habe. Außerdem verfügte das Ministerium gleichzeitig, daß Zusätze, mit denen sich der Präsident möglicherweise von dieser Weisung distanzieren wolle, in dem Schreiben an den AstA zu unterbleiben hätten. Die Verfügung - auch das legte der Minister fest - dürfe nur vom Präsidenten selbst oder vom Kanzler unterzeichnet werden. Vizepräsident Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke, der zur Zeit den im Urlaub befindlichen Präsidenten vertritt, hatte den Brief an den AstA und das Schreiben unterzeichnet, in dem die Universitätsleitung dem Minister ihre Rechtsauffassung mitgeteilt hatte. Abschließend heißt es in dem Minister-Schreiben wörtlich: „Sollten Sie diese Weisung wiederum nicht befolgen, sehe ich mich zu dienstaufsichtlichen Maßnahmen genötigt.“ gh

## Grund- und Hauptschullehrerausbildung:

### Ausbildungsplätze sollen um die Hälfte reduziert werden

Eine Reduzierung der Ausbildungsplätze in der Grund- und Hauptschullehrerausbildung von 2.400 auf 1.300 strebt laut regierungsnahe „Rundblick“ das Kabinett in den nächsten Jahren an. Wie bereits im uni-info 3/82 gemeldet, soll dafür an bestimmten Standorten die Grund- und Hauptschullehrerausbildung ganz eingestellt werden. In Göttingen, wo 400 Studienanfängerplätze zur Zeit noch zur Verfügung stehen, wird fest mit der Liquidierung des dortigen erziehungswissenschaftlichen Fachbereiches gerechnet. Bereits 1982/83 sollen keine Studenten, die das Lehramt an Grund- und Hauptschulen anstreben, aufgenommen werden. An anderen Standorten wie in Hannover und Braunschweig werden wahrscheinlich bestimmte Ausbildungsfächer abgebaut. Für Hannover sind dabei nach dem „Rundblick“ Biologie, Hauswirtschaft, Physik, Chemie und Gestaltendes Werken im Ge-

spräch, für Braunschweig Technik, Englisch, Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde und Gestaltendes Werken. Wie bereits berichtet, wird für Osnabrück erwo-gen, die Ausbildung für Grund- und Hauptschullehrer in Vechta zu konzentrieren, soweit das mit dem Konkordat zu vereinbaren ist.

Einhergehen soll mit diesen Maßnahmen ein weiterer Abbau der Ausbildungskapazität für das Lehramt an Gymnasien. Seit 1975 sind in diesem Bereich und dem der Realschullehrerausbildung laut „Rundblick“ etwa knapp 100 Stellen gespart oder umgesetzt worden.

Zu den Regierungsplänen wollen die niedersächsischen Hochschulen einen „Gegenplan“ entwickeln. Bereits vor einem Jahr hatten sich die Präsidenten gegen jede Liquidierung der Grund- und Hauptschullehrerausbildung an einem Standort ausgesprochen.

# Drei Milliarden Sondergewinne allein aus dem Weser-Ems-Bezirk

## Untersuchung über windfall-profits der Ölgesellschaften im Nordwestraum

Etwas drei Milliarden Mark Sondergewinne fielen im Jahr 1981 den Tochtergesellschaften der multinationalen Konzerne zu, die im Nordwestraum Erdöl und Erdgas fördern. Das errechnete der Ökonom Dr. Martin Meyer-Renschhausen in einer jetzt vorgelegten Studie über „Differenzialrentenentwicklung in der westdeutschen Erdöl- und Erdgasgewinnungsindustrie (1978 - 1980) unter besonderer Berücksichtigung des Weser-Ems-Bezirks“. In der Untersuchung wurde der Umfang der sogenannten windfall-profits erstmals auf der Basis der amtlichen Statistik (der Kostenstrukturstatistik) berechnet. Zugleich wurden erstmals auch konkrete Angaben darüber gemacht, in welchem Umfang Milliardenbeträge aus der Weser-Ems-Region abgezogen werden.

Das Land Niedersachsen könnte, so Meyer-Renschhausen, in diesem Jahr voraussichtlich 600 Millionen mehr an Einnahmen für den Haushalt verbuchen, wenn die Sondergewinne der Erdölgesellschaften zu 40 Prozent abgeschöpft würden, was nach dem Bergbaugesetz aus dem Jahr 1980 möglich wäre. Tatsächlich sind es aber nur 32 Prozent. Niedersachsen will aus der Abschöpfung u.a. das kürzlich bekannt gegebene Beschäftigungsprogramm finanzieren.

Die beträchtlichen Sondergewinne in der westdeutschen Erdöl- und Erdgasförderung fallen seit Oktober 1973 an. Ursache hierfür ist die Tatsache, daß sich durch die Preissteigerung des OPEC-Rohöls aus der Marktwert für Rohöl und Erdgas aus der Bundesrepublik beträchtlich erhöht hat, ohne daß die Förderkosten auch nur annähernd gleich stark gestiegen wären. Über den Umfang dieser Sondergewinne, die im wesentlichen den Tochterunternehmen der multinationalen Ölgesellschaften zufließen, lagen bisher nur äußerst vage Schätzungen vor - so u.a. von der BP, die keine Schürflizen in Deutschland hat und sich deshalb angesichts der hohen Gewinne ihrer multinationalen Konkurrenten in der Bundesrepublik besonders benachteiligt sieht. Wie Meyer-Renschhausen, der wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Energieeinsparung und Wirtschaftspolitik“ an der Universität Oldenburg ist, errechnete, kletterten in der Bundesrepublik die Sondergewinne seit 1978 von 2,6 Milliarden über 2,8 Milliarden (1979) auf

4,5 Milliarden im Jahr 1980. Im vergangenen Jahr dürften die Sondergewinne - einer vorläufigen Schätzung zufolge - etwa sechs Milliarden betragen haben.

Auf den Weser-Ems-Bezirk entfielen im gleichen Zeitraum rund 65 Prozent der westdeutschen Erdgasförderung und etwa 33 Prozent der Erdölförderung. Entsprechend hoch ist der Anteil der Sondergewinne:

1978 1,4 Mrd. Mark

1979 1,6 Mrd. Mark

1980 2,4 Mrd. Mark

Nach einer ebenfalls vorläufigen Schätzung betragen sie 1981 etwa drei Milliarden Mark.

Durch die staatlichen Förderzinsen wird in Niedersachsen bislang nur ein Bruchteil der Sondergewinne abgeschöpft: 1978 und 1979 jeweils etwa 0,4 Milliarden Mark, 1980 etwa 0,8 Milliarden Mark.

Meyer-Renschhausen stellte dazu fest, daß die staatliche Abschöpfung der windfall-profits deutlich unter dem Niveau anderer westeuropäischer Staaten lag, auch wenn man berücksichtige, daß die verbleibenden Gewinne - soweit sie nicht mit Verlusten aus anderen Unternehmensbereichen verrechnet werden könnten - normal zu versteuern seien. Der Verzicht auf eine angemessene Abschöpfung müsse, so der Ökonom, vor allem aus der Sicht der strukturschwachen Förderregionen wie zum Beispiel des Weser-Ems-Bezirks mit großer Skepsis betrachtet werden, da zum einen nur ein Bruchteil der Sondergewinne in der Bundesrepublik reinvestiert werde, und

zweitens die staatlichen Aufwendungen zur Förderung strukturschwacher Regionen von Streichungen betroffen seien. 1980 trugen die Brutto-Anlageinvestitionen im Bereich der westdeutschen Erdöl- und Erdgasgewinnungsindustrie lediglich 0,4 Milliarden Mark.

Inzwischen ist es über die Oldenburger Untersuchung mit dem niedersächsischen Wirtschaftsminister Birgit Breuel zu einer öffentlichen Auseinandersetzung gekommen. Im Laufe dieser Auseinandersetzung wiederholte Frau Breuel jedoch nicht eine laut Nordwest-Zeitung gemachte Äußerung, wonach die Untersuchung ein „unseriöses Zahlenwerk“ sei. Allerdings differieren die Angaben des Wirtschaftsministeriums und der Oldenburger Wissenschaftler über den Wert der geförderten Menge im Jahre 1980 erheblich. Während Meyer-Renschhausen den Gesamtwert der Förderung 1980 mit 5,8 Milliarden Mark angab, erklärte das Wirtschaftsministerium, der Wert liege bei vier bis fünf Milliarden Mark. Meyer-Renschhausen forderte in diesem Zusammenhang, Frau Breuel solle ihre Berechnungen offenlegen. Seine Untersuchung sei so seriös wie die amtlichen Daten, auf denen sie basiere. Außerdem sagte er, die Tatsache, daß seine Untersuchung und die Schätzung der BP über die anfallenden Sondergewinne, die zu ähnlichen Ergebnissen komme, müsse nicht notwendig heißen, daß sie unseriös sei. gh

## Neues Institut für Ausländerpädagogik

Ein zentrales Institut für Wanderungsforschung, Ausländerpädagogik und Zweisprachendidaktik hat an der Universität Essen die Arbeit aufgenommen. Die Einrichtung soll sich vor allem mit schulischen und sozialen Problemen ausländischer Kinder befassen sowie Unterrichtskonzepte für Lehrer und Schüler entwickeln.

## Wiederbesetzungssperre nun auch im Mittelbau

Nach den Landtagswahlen will die jetzige Regierung offensichtlich darüber beraten, grundsätzlich für den Mittelbau an den Hochschulen eine Art Wiederbesetzungssperre einzuführen. Danach soll jede Wiederbesetzung einer frei werdenden Stelle von einer vorübergehenden Überprüfung abhängig gemacht werden. Wie der regierungsnahen „Rund-

blick“ dazu schreibt, wären davon vor allem die Stellen der Akademischen Räte betroffen, die auf etwa 1.000 in Niedersachsen beziffert werden. Der „Rundblick“:

„Indirekt wäre eine solche Sperre eine Erweiterung der Sparvorschriften, die bei den Assistenten durch die 2/3-Regelung bereits getroffen worden ist“.

## 60.000 Mark für die Kooperation mit Groningen

### Senat beschloß die Verteilung der Mittel

Insgesamt 16 Anträge mit einem Gesamtvolumen von knapp 60.000 Mark für Kooperationsvorhaben Oldenburger und Groninger Wissenschaftler wurden dem Senat auf seiner letzten Sitzung zur Entscheidung vorgelegt. Damit hat sich der für 1982 erwartete Bedarf an Mitteln für die Durchführung gemeinsamer Vorhaben um etwa 20 Prozent gegenüber 1981 erhöht.

Im Rahmen ihrer 1980 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung verpflichteten sich die Rijksuniversiteit Groningen und die Universität Oldenburg, Vorhaben, die gemeinsam von Wissenschaftlern beider Seiten durchgeführt werden und der Verwirklichung der in der Vereinbarung niedergelegten Kooperationsziele dienen, mit jährlich 50.000 Deutsche Mark oder Gulden zu fördern. Diese Mittel sollen vornehmlich als Anlauffinanzierung für geplante neue Projekte dienen, die in der Folge anfallenden weiteren Kosten sollen dagegen aus den „normalen“ Haushaltsmitteln finanziert werden. Ferner soll Ziel dieser Vorhaben sein, die Ergebnisse der Zusammenarbeit in Form von Publikationen einer breiteren interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

An den in diesem Jahr neu geplanten bzw. fortgeführten Vorhaben beteiligen sich Wissenschaftler aus verschiedensten Fachgebieten. Gegenstand der Vorhaben sind u.a.:

- Gründe für das Baumsterben an

- der west- und ostfriesischen Küste;
- das unterschiedliche Nährstoffangebot im Dollart und im Jadebusen;
- das Farbstreifensandwatt, Feldstudien auf der Insel und im Naturschutzgebiet Mellum;
- Ausmaß und Auswirkungen der „Filialisierung“ auf die Entwicklung der peripheren Regionen im Nordwesten der Bundesrepublik und Nordosten der Niederlande;
- Erarbeitung von Unterrichtsunterlagen im Lehramtsstudium Politik/Sozialkunde und deren Umsetzung im Unterricht;
- Lehrerverhalten bei Planung und Realisation von Unterricht in den Niederlanden und der Bundesrepublik.

## Informationen über Sprachkurse

Im Akademischen Auslandsamt (aka) der Universität Oldenburg liegen jetzt die neuen Broschüren des DAAD über Ferien- und Feriensprachkurse an ausländischen Hochschulen vor. Diese Kurse finden in der vorlesungsfreien Zeit zwischen Juli und September statt. Die Broschüren können vom aka kostenlos an Interessenten abgegeben werden. Darüber hinaus liegen weitere Informationsschriften von einzelnen ausländischen Hochschulen zur Einsichtnahme aus: Raum A 202, zwischen 10.00 und 12.00.

## „Führungs- und Ausführungsregionen“

### Symposium der Raumplaner über Arbeitsteilung, Raumentwicklung und Lebensbedingungen

Am 5. Februar fand ein ganztägiges Symposium des Studiengangs Raumplanung mit auswärtigen Wissenschaftlern statt. Dabei ging es um die theoretische und empirische Bedeutung, welche die räumliche Arbeitsteilung von Unternehmen nach ihren wesentlichen Funktionen für das Entwicklungspotential einzelner Regionen hat. Das Symposium hat große - auch überörtliche - Resonanz gefunden. Das ist keineswegs verwunderlich angesichts von Verlaufs-Tendenzen regionaler Entwicklung, die nicht nur aktuell, sondern auch für eine Region wie den Nord-West-Raum sehr maßgebend sind, und die geeignet erscheinen, das Niveau-Gefälle der sozialökonomischen Entwicklung im Bundesgebiet zu verstärken. Wer sich jedoch bemüht, hier mit dem Ziel „gleichwertiger Lebensbedingungen“ einzugreifen, stößt darauf, daß Arbeitsplätze als das wesentliche Potential sowohl der Raumentwicklung als auch der Arbeits- und Lebensverhältnisse verstärkt selektiert werden nach den Unternehmensaufgaben

- Forschung/Entwicklung, Marketing, Verwaltung, die eine ausgeprägte Affinität zu Standorten in Ballungsräumen (vor allem: Süd-/West-BRD) aufweisen; und
- angewandte Produktion mit ausgeprägter Affinität zu Standorten in ländlich/peripheren Gebieten bzw. im Ausland.

Eine solche Arbeitsteilung wird gefördert durch den hohen Stellenwert, den die Produktion hochwertiger Güter und die forcierte technologische Umwälzung im derzeitigen wirtschaftlichen Strukturwandel einnehmen. Eine neue Dimension von Rentabilität über einen starken Druck aus auf härtere Wirtschaftlichkeit und auf Unternehmens-Zusammenschlüsse bzw. -Kooperation - zwei wichtige Ausgangspunkte für praktische „funktionale Arbeitsteilung“. Diese ist ihrem Charakter nach anders einzuschätzen als die Arbeitsteilung, die uns von der Zweigwerks-Industrialisierung ländlich/peripherer Gebiete her bekannt ist: sie vollzieht sich vor dem Hintergrund eines knappen mobilen Ansiedlungspotentials, geht einher mit einer „Filialisierung“ bislang selbständiger Unternehmen und wird diese letztlich auch als solche erfassen.

Diese funktionale Arbeitsteilung könnte eine tiefgreifende Festschreibung in „Führungs- und Ausführungsregionen“ bewirken. Es würden Raumentwicklungskräfte wirken, unter denen das Ziel „gleichwertiger Lebensbedingungen“ noch schwieriger zu erreichen sein dürfte. Damit wären an die Raumplanung in besonderer Deutlichkeit nun qualitative Anforderungen zur Beeinflussung des Standortverhaltens gewerblicher und dienstleistender Betriebe zu stellen.

Der Fundierung dieses von Professor Dr. Klaus Brake (FB 3) getragenen Problemzusammenhangs diene das Symposium „Arbeitsteilung/Raumentwicklung/Lebensbedingungen“.

Dr. F.J. Bade (Wissenschaftszentrum Berlin) konnte aufgrund seiner Arbeiten über den Einfluß von Großunternehmen auf die regionale Wirtschaftsentwicklung vor allem bestätigen, daß die Zweigbetriebe in strukturschwachen Gebieten überwiegend übernommene Betriebsstätten sind („Filialisierung“); auch ist die Benachteiligung der peripheren Standorte auf starke externe Kontrolle im Bereich Einkauf und Fertigungstechnologie zurückzuführen und wirkt sich auf innerregionale Verflechtungen und Qualifizierung des Arbeitsmarktes hemmend aus.

Professor Dr. W. Küpper (FB 4) zog aus seinen Untersuchungen über konzentrierte Standortstrategien insbesondere den Schluß, daß die Muster funktionaler Arbeitsteilung weiter differenziert werden müßten; die Entscheidungsprozesse von Unternehmen erfahren auch ihre ständörtlichen Konsequenzen im wesentlichen entlang der Profilbestimmung eines Produktes; dabei bestimmen z.B. Art, Fristigkeit oder Einheitlichkeit der Produktion die Affinitäten zu Stamm- oder Zweigwerk bzw. zu zentralen oder peripheren Standorten.

Dr. K. Müller (Prognos, Basel) legte anhand seiner eben beendeten Studie über das Ausmaß funktionaler Konzentration in ausgewählten Gebieten der Schweiz die einzigen bisher vorliegenden regionalen Befunde dieser Entwicklung vor; sie bestätigen vor allem die einseitigen Folgen funktionaler Arbeitsteilung für die Wirtschaftsstruktur peripherer Regionen; insbesondere das Übergreifen von Arbeitsteilung auch auf weiterhin selbständige Unternehmen bekräftigt die Notwendigkeit, seinen Blick dafür zu schärfen, auf welchen Wegen inzwischen räumliche Disparitäten sich weiterentwickeln.

Das Symposium hat wichtige Fachleute hier zusammengeführt und die Diskussion über Verlauf und Ursachen räumlicher Entwicklung befruchtet. Es war ein wissenschaftlicher Gedankenaustausch über höchst aktuelle Fragen der Raumentwicklungs-Theorie und der Raumordnungs-Politik. Das Symposium gehört in den Rahmen einer Projektarbeit - zusammen mit Prof. Dr. C. Ossorio-Capella (FB 4) -, die in der Lehre bereits läuft, ein Forschungsvorhaben vorbereitet und damit die Kooperation mit der Universität Groningen praktiziert: es geht um Beschreibung und Bewertung von „Filialisierung“ im Nordwesten Niedersachsens und im Nordosten der Niederlande.

Klaus Brake

# Selbstverwirklichung für die Zeit nach der Berufstätigkeit

Die Gerontologin Dr. Buni Arnold vom Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) und die Pädagogikstudentin Jutta Wortmann haben jetzt Ergebnisse einer Umfrage unter Studenten der Universität Oldenburg vorgelegt, die 45 Jahre und älter sind. Es ist die erste Untersuchung dieser Art in der Bundesrepublik.

Bei der Umfrage geht es vor allen Dingen darum, herauszufinden, welche Beweggründe ältere Kommilitonen hatten, ein Studium aufzunehmen, unter welchen Bedingungen sie studieren können und welche Erwartungen sie aufgrund der Weiterqualifizierung haben.

An der Universität Oldenburg sind 30 Männer und 25 Frauen immatrikuliert, die älter als 44 sind. In der Gruppe der 45- bis 50jährigen sind beide Geschlechter fast gleich stark vertreten. Mit zunehmendem Alter erhöht sich der Anteil der Männer. Auch drei Rentner bzw. Pensionäre studieren an der Universität Oldenburg.

Fast die Hälfte der älteren Kommilitonen hat andere Zugangsvoraussetzungen als das Abitur für ihr Studium, andererseits verfügt knapp ein Drittel bereits über eine akademische Ausbildung - zumeist als Lehrer.

Die meisten Studenten - besonders die Frauen - streben einen Abschluß ihres Studiums an. Sie möchten sich neu qualifizieren oder alte Qualifikationen auffrischen.

Für ihr Studium erhalten die älteren Frauen in der Regel mehr Zuspruch und Unterstützung durch ihre Partner oder durch die Familie als die

Männer; Frauen gegenüber wird allerdings weitaus zurückhaltender im Bekannten- und Freundeskreis reagiert - spricht die gesellschaftliche Anerkennung ihres Studiums wird ihnen oftmals versagt. Erschwerend wirkt sich für alle älteren Studenten die Mehrfachbelastung durch Beruf, Familie, Studium aus.

Fast alle älteren Studenten glauben, daß ihnen ihr Studium auch in der Selbstverwirklichung in der Zeitspanne nach ihrer beruflichen Tätigkeit helfen wird. Die Zusammenar-

beit mit den jungen Kommilitonen wird dabei als sehr positiv und anregend empfunden. Da die meisten von ihnen einen hohen Grad von Aktivitäten in ihrem bisherigen Lebenslauf aufzuweisen haben, steht zu erwarten, daß sie ihre neuen Erkenntnisse und Fähigkeiten weiterhin aktiv anwenden werden. Bei diesem Selbstverständnis wundert es nicht, wenn sich 95 Prozent der Befragten dafür aussprechen, daß der Zugang zur Universität nicht durch ein bestimmtes Lebensalter begrenzt werden soll.

## „Von Gleichberechtigung kann keine Rede sein“

Die Probleme der Frauen spielen an der Oldenburger Universität eine ebenso untergeordnete Rolle wie Frauen als Planer und Veranstalter wissenschaftlicher Arbeit. Diese Auffassung, die bisher sowohl für den Bereich Lehre und Forschung als auch für den des studentischen Lebens galt, soll revidiert werden. Verschiedene Initiativen bildeten sich an der Hochschule, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Interessen der Frauen in der Wissenschaft und im Leben der Universität stärker durchzusetzen.

So legten die Liste „Sozialwissenschaftliche Initiativen“ und „Frauenprojekt/Frauenreferat“ dem Fachbereich 3 zwei Anträge zur Sicherung und Kontinuität von Frauenstudium und Lehre von Frauen an der Universität vor. Ein Ausgangspunkt dieser

Initiative war die statistische Aufschlüsselung der Hochschullehrerstelle nach Geschlechtern. Danach lehren an der Universität 150 Professoren, aber nur sieben Professorinnen. 193 wissenschaftliche Mitarbeiter sind Männer, nur 65 sind Frauen. Im Fachbereich 3, an dem sich die Anträge richteten, ist die Ungleichverteilung noch größer.

Um mehr „Raum“ für Frauen bemühen sich auch das Frauenreferat des Allgemeinen Studentenausschusses (ASTA) und die Frauen-Vollversammlung. Sie möchten im Neubau am Uhlhornweg einen Treffpunkt für Frauen sowie eine Archiv- und Arbeitsstätte zu frauenspezifischen Themen einrichten. Dieser Arbeitsraum soll auch für Diplom- und Examensarbeiten genutzt werden können.

# Im Wortlaut

## Erklärung zur Ausländerpolitik

Auf ihrer Tagung 'Sprach- und Kulturarbeit mit Ausländern' am 20. und 21. Februar 1982 haben sich Hochschullehrer und Studenten aus Oldenburg, Essen, Landau, Hannover, Hildesheim, Bielefeld, Lüneburg und Weingarten, die bundesweit in Studiengängen 'Ausländerpädagogik' tätig sind, mit den gegenwärtigen Tendenzen der Ausländerpolitik als den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit auseinandergesetzt. Nachfolgend die Erklärung im Wortlaut:

„Mit großer Besorgnis beobachten wir in der Bundesrepublik gegenwärtige Tendenzen zur Ausländerfeindlichkeit und zum Fremdenhaß. Sie äußern sich in zunehmend aggressiven Formen. Die in den letzten Monaten von Bund und Ländern gefaßten Beschlüsse und Erlasse zur Ausländerpolitik tragen entgegen ihrer erklärten Absicht zu einem Klima bei, in dem sich rassistische Tendenzen verbreiten.“

„Deutlicher Ausdruck dieser ausländerfeindlichen Grundstimmung ist das 'Heidelberger Manifest'. Dieses Pamphlet, das in seiner Diktion dem 'Wörterbuch des Unmenschen' entlehnt erscheint, läßt Denkmuster der NS-Ära wieder aufleben. Wir erkennen in der Erklärung der 15 Professoren eine besondere Gefahr, als in ihr der Versuch unternommen wird, diffusen Ängsten und Abwehrreaktionen in der Bevölkerung eine pseudo-wissenschaftliche Legitimation zu verleihen. Mit den Insignien einer scheinbar objektiven Wissenschaftlichkeit versehen, schürt das Manifest

die Programstimmung gegen Ausländer mit Behauptungen, die in der Erklärung der Frankfurter Kolleginnen und Kollegen (vgl. Frankfurter Rundschau vom 13.2.1982) detailliert widerlegt worden sind.“

„Mit allem Nachdruck wenden wir uns gegen jede Form der Diskriminierung von Minderheiten in unserer Gesellschaft. Wir wehren uns dagegen, die Ursachen einer tiefreichenden wirtschaftlichen und moralischen Krise in unserer Gesellschaft der Gruppe der Ausländer aufbürden zu wollen und sie zum Sündenbock abzustempeln. Ausgehend von unserer menschlichen Verantwortung und Verpflichtung gegenüber einer Minderheit, die wir zum Aufbau unserer Wirtschaft und zum Ausbau unseres Lebensstandards selber ins Land geholt haben, und ausgehend von einer unseligen Geschichte, in der schon einmal Menschen bis zu ihrer physischen Vernichtung systematisch verfolgt wurden, rufen wir die Öffentlichkeit auf, den Anfängen einer Ausländerfeindlichkeit entschieden zu wehren.“

# Etat Kürzungen der Stadt trifft Studenten hart

Nach der BAFöG-Novellierung, die bei vielen Studenten zu drastischen Kürzungen der Studienförderung führte, werden die Maschen im sozialen Netz durch neue Gebührenerhöhungen und die Kürzung von sozialen Leistungen der Stadt Oldenburg und des Landes Niedersachsen noch weiter. Tarifierhöhungen, die - wie bei der EWE - außerhalb der direkten Verantwortung des Landes und der Kommune liegen, hatten schon vorher dazu geführt, daß die Studenten mit einem immer kleiner werdenden monatlichen Haushalt leben müssen. Wenn der ASTA in einer Pressemitteilung die „soziale Existenz der Studenten gefährdet“ sieht, dann geht er davon aus, daß weniger als 30 Prozent aller Studenten BAFöG erhalten, von diesen wieder nur zehn Prozent den Höchstsatz von 620 Mark. „Als einen weiteren Griff in die sowieso schon leeren Taschen der Studenten“ wertet er daher die von der Regierung in Hannover - gegen den Willen des Studentenwerkes - verfügte Verteuerung der Mensa-Preise bis zu 25 Prozent.

Massiven Protest äußerten die Studenten auch gegenüber den umfangreichen Gebührenerhöhungen der Stadtverwaltung; so müssen etwa 1.500 Studenten Müllabfuhrgebühren von 88 Mark pro Jahr zahlen. Zu einer heftigen Kontroverse kam es zudem in der Ratssitzung um die verbilligten Pekol-Monatsfahrkarten für Studenten. Die bisher gewährten Zuschüsse sollen nach Vorstellungen der Verwaltung gestrichen werden. Der Rat verweigert die Angelegenheit an den Sozialausschuß, der es allerdings ablehnte, sich mit dem Antrag auch nur zu befassen.

Ganz anders verlief dagegen die Debatte um die Haushaltssanierung in

der abschließenden Etatberatung des Stadtrates: Umfangreiche Kürzungen - auch freiwilliger Leistungen - treffen nun besonders weniger verdienende Mitbürger - darunter auch die BAFöG-Bezieher unter den Studenten.

Mehrere Eltern wehrten sich inzwischen mit einer Besetzung des städtischen Jugendamtes gegen die Streichung der Zuschüsse für die Unterbringung ihrer Kinder in der DRK-Kinderkrippe. Einer Studentin war in diesem Zusammenhang nach eigenen Angaben empfohlen worden, ihr Studium abzubrechen. Sie hätte dann Zeit, ihre Kinder ohne fremde Hilfe zu betreuen. Nach einer Mitteilung des Elternrates der DRK-Kinderkrippe ist zur Mitte des Jahres in diesem Bereich gänzlich mit einem Fiasco zu rechnen, da sich das DRK wegen der nun sinkenden Zahl der zu betreuenden Kinder nicht mehr in der Lage sehe, die Einrichtung weiter zu erhalten.



**BHW**  
Bausparkasse für den öffentlichen Dienst.  
DAMIT ES BEIM BAUEN VORWÄRTS GEHT.  
Beratungsbüro:  
2900 Oldenburg, Bahnhofplatz 4  
Fernruf (0441) 2 58 88/9

# Nun doch Sozialversicherung?

Die Auseinandersetzung um die Entrichtung von Beiträgen für die Sozialversicherung während des unterrichtspraktischen Halbjahres im dritten Studienabschnitt der Einphasigen Lehrerausbildung (ELAB) hält an: Die GEW-Betriebsgruppe und der ELAB-Personalrat haben sich aufgrund eines Urteils des Landessozialgerichtes an die Regierung in Hannover gewandt mit der Aufforderung, alle Betroffenen wieder in ihre alten Rechte einzusetzen. Dagegen vertritt das Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) die Auffassung, daß das Verlangen des Personalrats kaum Chancen haben dürfte und zudem auch nicht im Interesse der Betroffenen liege.

Durch die Interpretation eines Bundessozialgerichtsurteils war das unterrichtspraktische Halbjahr neuerdings als „Zwischenpraktikum“ gewertet worden. Die Folge war, daß die Studenten aus der Sozialversicherungspflicht herausfielen, keine Beiträge mehr bezahlen mußten, aber auch in der Regel keine Ansprüche bei einer möglichen Arbeitslosigkeit nach dem Ende ihres Studiums mehr geltend machen konnten.

GEW-Betriebsgruppe und ELAB-Personalrat stützen sich nun bei ihrem Widerspruch auf ein neues Urteil des Landessozialgerichtes Niedersachsen, nach dem das unterrichtspraktische Halbjahr ausdrücklich nicht als „Zwischenpraktikum“ im Sinne der Urteilsprechung des

Bundessozialgerichtes anzusehen ist (Az: L 7 Ar 46/81).

Dieses Urteil sehen GEW-Betriebsgruppe und ELAB-Personalrat als eine Bestätigung ihrer Auffassung, daß „das übereilte Vorgehen der Landesregierung... schon jetzt schwerwiegende Nachteile und Belastungen sowohl für die Absolventen und Studierenden der ELAB als auch für die Beschäftigten der Besoldungsstelle der Bezirksregierung gebracht“ habe, da die Studentinnen und Studenten, die sich zur Zeit im unterrichtspraktischen Halbjahr befinden, angesichts der unsicheren Rechtslage mit Nachforderungen rechnen müßten.

Dazu erklärte Hansjürgen Otto, wissenschaftlicher Mitarbeiter vom ZpB, leider brächte die Rechtsauffassung des Landessozialgerichtes - sollte sie sich durchsetzen - für die meisten ELAB-Absolventen keine unmittelbaren Vorteile. Denn seit Anfang 1982 habe Anspruch auf Arbeitslosengeld nur noch, wer mindestens ein Jahr arbeitslosenversicherungspflichtig beschäftigt wäre. Das unterrichtspraktische Halbjahr der Studenten im 3. Studienabschnitt (3. StA) dauere in der Regel jedoch noch nicht einmal sechs Monate, so daß es einen Anspruch auf Arbeitslosengeld nur zusammen mit einem weiteren und längeren Arbeitsverhältnis begründen könnte. Und eben solche Beschäftigungen seien gegenwärtig für arbeitslose Lehrer schwer zu finden. Bedürftige arbeitslose

ELAB-Absolventen hätten dagegen weiterhin Anspruch auf die sogenannte originäre Arbeitslosenhilfe, welche auch nach einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis ohne Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung gewährt werde. Unmittelbare und wesentliche Vorteile könnten sich somit nur diejenigen erhoffen, die aufgrund eines verlängerten Unterrichtsvorhabens im 3. StA und/oder durch zusätzliche Beschäftigungen auf eine mindestens einjährige Arbeitslosenversicherungspflicht verweisen könnten und nicht „bedürftig“ seien. Auch für diese habe aber die Rechtsauffassung des Landessozialgerichtes keine unmittelbare Auswirkung, weil das nicht rechtskräftige Urteil nur den Einzelfall regelt; sie müßten daher wohl den Rechtszug zur Durchsetzung des Anspruchs beschreiten. Insgesamt sehe er keinen Anlaß, daß die Universität sich nunmehr für die Wiedereinführung der Arbeitslosenversicherungspflicht im 3. StA verende.

Otto verwies im übrigen nochmals auf die Möglichkeit der Rückforderung der im 3. StA gezahlten Sozialversicherungsbeiträge; dazu liege im ZpB ein Informationsblatt mit Antragsformular aus. Sollte wirklich im Sinne der Forderung des Personalrats die Beitragspflicht wieder eingeführt werden, so rechne er nicht mit einer rückwirkenden Wiedereinzahlungspflicht der zurückgeforderten Beiträge.



Wöltje  
Lange Str. 20 Oldenburg Heiligengel. 6, Achternstr. 34, Tel. 40440

WÖLTJE-SERVICE

## Diafilm-Schnell-Entwicklung

Ihr KODAK-EKTACHROME-Film bis heute 18.15 Uhr gebracht, schon morgen ab 17 Uhr abholbereit, sogar mit Rahmung. Gilt für Annahme von Montag bis Donnerstag. So vermeiden Sie lange Versand-Entwicklungszeiten und das Postverlust-Risiko.

WÖLTJE: Kauf ohne Risiko . . . Kauf zu WÖLTJE-Tiefstpreisen !

WÖLTJE-Empfehlung für Spitzen-Qualität . . .



## KODAK EKTACHROME 64

Dia-Farbfilm, der sich durch hervorragende Schärfe, bestechende Farbbrillanz und einen großen Belichtungsspielraum auszeichnet. 19 DIN.

EKTACHROME 400 = 27 DIN für Dias bei schwachem Licht

## Leserbrief

Über den Gastkommentar von Herrn Grolle zum 10jährigen „Jubiläum“ des Radikalenerlasses im uni-info 3/82 war ich erstaunt. Bisher hatten die Gastkommentare immer etwas mit unserer Universität zu tun. Hier konnte ich einen solchen Bezug nicht ausmachen. Berufsverbote haben wir allerdings, aber was bedeutet es für uns, wenn der Schulsektor von Hamburg den Radikalenerlaß von 1972 heute bedauert und das in die Praxis umzusetzen versucht? Oder liegt der Bezug darin, daß Herr Grolle bis vor kurzem eine Professur an unserer Universität innehatte? Das dürfte wohl kaum ausreichen. Oder sollte die gegenwärtige Situation in der Hansestadt Hamburg geschildert werden? Dazu wären die Informationen, die Herr Grolle gibt, zu nebulös und dürftig. Propaganda? Dieser Gedanke kam mir, als ich in der neuesten Ausgabe der „Feder“, der Zeitschrift der IG Druck und Papier für Journalisten und Schriftsteller, folgende Meldung las: „Der Autor des Romans 'Die Hexenjagd', in dem die Situation eines vom Berufsverbot betroffenen Lehrers geschildert wird, ist vom Amtsgericht Hamburg-Altona vom Vorwurf der Beleidigung freigesprochen worden. Peter de Lorent, Lehrer in Hamburg, war angeklagt, mit seinem Roman zwei Hamburger Beamte beleidigt zu haben. Schulsektor Joist Grolle (SPD) hatte gemeinsam mit den Beamten Strafanzeige erstattet. Nach Ansicht der Richter handelt es sich bei dem Roman um ein literarisches Kunstwerk, das den verfassungsrechtlichen Schutz des Grundgesetzes genieße.“  
Erhard Lucas-Busemann

## Ferienprogramm

Bis zum 26. März bietet der Zentrale Aufgabenbereich Hochschulsport der Universität ein Ferienprogramm im Mittagspausensport täglich zwischen 12.00 und 13.00 an.

## Lehrerbildung im EG-Rahmen

Die „Association for Teacher Education in Europe“ (ATEE), deren Präsident Prof. Dr. Friedrich W. Busch, Universität Oldenburg, ist, hält vom 6. bis 10. September 1982 ihre 7. Jahreskonferenz in der Pädagogischen Fakultät des Polytechnikums der Stadt Birmingham in England ab. Das diesjährige Konferenzthema, „Lehrerbildung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft“, soll in sechs Unterthemen behandelt werden. Weitere Informationen erteilt Gerald Asbury, Faculty of Education and Teacher Training, City of Birmingham Polytechnic, Westbourne Road, Birmingham B15 3TN, England, Tel. (44)21-4545106.

## Senat hat Probleme mit der Tagesordnung

Seit einiger Zeit werden nach Mitteilung des Präsidenten immer mehr Vorlagen für den Senat erst kurz vor der Sitzung oder als Tischvorlagen in der Senatssitzung verteilt. Die Folge ist, daß Tagesordnungspunkte bisweilen sogar verschoben werden müssen, weil die Senatsmitglieder zu wenig Zeit haben, um sich mit den Vorlagen zu befassen. Tagesordnungspunkte sollen deshalb in Zukunft spätestens am Montag in der Woche vor der Senatssitzung eingebracht werden.

## Zitat

„Da z.Zt. für Herrn Wißmann eine persönliche Arbeitsfläche nicht zur Verfügung gestellt werden kann, erklärt sich der Dekan des Fachbereichs I - Herr Hasler - bereit, Herrn Wißmann das Dekanzimmer zu überlassen.“  
Protokoll der Abteilung Bauplanung von der Sitzung der Belegungsbeauftragten am 12. Januar 1982.

## Gremienterminplan für das SS 1982

- 14. April Fachbereichsräte/Zentrale Studienkommission
  - 21. April Haushalts- und Planungskommission
  - 28. April Senatss Kommissionen
  - 5. Mai Senat
  - 12. Mai Fachbereichsräte / Zentrale Studienkommission
  - 19. Mai Haushalts- und Planungskommission
  - 26. Mai Senatss Kommissionen
  - 9. Juni Senat
  - 16. Juni Fachbereichsräte/Konzil
  - 23. Juni Haushalts- und Planungskommission
  - 30. Juni Zentrale Studienkommission
  - 7. Juli Senat
  - 11. Aug. Senat
  - 18. Aug. Fachbereichsräte/Zentrale Studienkommission
  - 25. Aug. Haushalts- und Planungskommission
  - 1. Sept. Senatss Kommissionen
  - 8. Sept. Senat
  - 15. Sept. Fachbereichsräte/Zentrale Studienkommission
  - 22. Sept. Haushalts- und Planungskommission
  - 29. Sept. Senatss Kommissionen
- Die Termine liegen alle am Mittwoch, in der Regel beginnen die Sitzungen der Zentralen Gremien am Vormittag um 9.00.

## Zuschüsse der EG

Für die Entwicklung „gemeinsamer Studienprogramme“ zwischen Hochschulen aus verschiedenen Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) sowie für „kurze Studienaufenthalte“ von Wissenschaftlern und Verwaltungsfachleuten im EG-Ausland können auch in diesem Jahr wieder Zuschüsse von der EG-Kommission beantragt werden. Bewerbungsschluss: 1. April 1982. Informationen im Akademischen Auslandsamt.

## Personalien

Für Dr. Wolfgang Günther ist das Verfahren zur Erlangung der Habilitation durch den Beschluß des Fachbereichsrates 3 für das Lehr- und Forschungsgebiet „Neuere Geschichte und Landesgeschichte“ eröffnet worden.

Prof. Dr. Bernd Mütter, Historiker im Fachbereich 3, hat zusammen mit Dr. Falk Pingel, Universität Bielefeld, auf der Bundestagung des „Bundesarbeitskreises der Seminar- und Fachleiter e.V.“ in der Gesamthochschule Siegen eine Sektion „Die Ideologie des Nationalsozialismus als Thema der Geschichtsforschung und des Geschichtsunterrichts“ gehalten.

Prof. Dr. Gunther Salje, bislang Hochschulassistent im Fach Bildende Kunst/Visuelle Kommunikation, wurde zum 1. Februar 1982 als Professor an die Fachhochschule Lüneburg berufen.

Prof. Dr. August Schick, Psychologe im Fachbereich 5, fährt zu einer Vortrags- und Informationsreise, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft getragen wird, nach Japan. An der Universität Tokyo spricht er über „Kulturvergleichende Untersuchungen zum Nachbarschaftslärm“, an der Universität Osaka über „Psychologische Lärmforschung in der Bundesrepublik: Gegenwärtiger Stand und zukünftige Planungen“.

Zur Akademischen Rätin ernannt wurde:

Dr. Brunhilde Arnold, wissenschaftliche Angestellte im ZWW

Zu Hochschulassistenten ernannt wurden:

Hans-Jürgen Bandelt, wissenschaftlicher Assistent im FB 6  
Dr. Maria Fölling-Albers, wissenschaftliche Assistentin im FB 1

## Personalien

Einstellungen im Dienstleistungsbereich:

Erika Braasch als Angestellte im FB 1  
Bärbel Bünting als technische Angestellte in der ZETWA  
Detlef Puls als Bibliotheksassistent im BIS

Dagmar Rosenbusch als Praktikantin in der ZETWA

Heinz Spohler als Verwaltungsangestellter im Projekt „Spiel, Bewegung und Umwelt“

Irmgard Wolke als medizinisch-technische Angestellte in der ZETWA

Martina Wollschläger als Praktikantin in der ZETWA

Einstellung als wiss. Angestellter:

Peter Doerner mit dem Aufgabengebiet Biologie im FB 7

Hubert Nettelhof im Forschungsvorhaben „Kinetik der Fischer-Tropsch-Synthese (Prof. Dr. Deckwer) im FB 9“

## „Strauchdiebe“

Der Gärtner der Universität, Ermano Bernabei, beklagt, daß von Hochschulangehörigen zahlreiche Ziersträucher für Vasenschmuck gerupft werden. Dies habe zum Teil dazu geführt, daß Sträucher eingingen. Er bittet deshalb, im Interesse aller auf Pflanzenklau zu verzichten und „Strauchdiebe“ auf die Folgen ihres Tuns hinzuweisen.

## GO-Gruppe spielt

Das japanische Brettspiel GO wird seit einiger Zeit regelmäßig in der Universität von einer kleinen Gruppe gepflegt. Das Treffen, das für neue Besucher offen ist, beginnt an jedem Sonnabend um 14.00 im Seminarraum des Sporttraktes; während der Semesterferien wird im AVZ, Raum 4-451, gespielt.

**Spedition Möbeltransport International DEUS**  
TEL. (0441) 71001

**Anna Thye**  
Buchhandlung  
Inh. Gottfried Sieler  
Gegr. 1. 9. 1800  
29 OLDENBURG  
Schloßplatz 21/22  
Postfach 4780  
Ruf (04 41) 25288

**Schreibmaschinen**  
neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie.  
Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM  
Elektr. Schreibmaschinen ab 125 DM  
Kugelschreibmaschinen ab 490 DM  
Elektronische Typendruck-Schreibmaschinen ab 1080 DM  
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.  
Verkauf und Service in Oldenburg:  
**ebz ERLBECK**  
BÜROTECHNIK  
Donnerschwerer Straße 91  
29 Oldenburg, Tel. 0441 85125

**TABULA BUCHLADEN**  
IM HERBERT GANG

Für Optik - Foto - Film - Kino + Projektion sind wir Ihr richtiger Partner.  
**Dipl.-Optiker WALTER**  
Inh. W. D. Heß  
staatl. gepr. Augenoptiker  
Fachärztliche Beratung  
Kurwikerstr. 24/ Ecke Mottenerstr. - Hauptstr. 35  
Telefon (04 41) 1 30 70

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium  
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl  
**B&G**  
1871 1971  
BUCHHANDLUNG  
BÜLTMANN & GERRIETS  
Lange Str. 57 - Ruf 2 66 01  
Postfach 1 41

**2 Stunden**  
Examensarbeiten-Service  
Fotokopien DIN A 4  
Buchbindarbeiten  
Zeitschriften Berichte  
**HENCKUS**  
Buchbinderei  
Edewechter Landstraße 50  
29 Oldenburg  
Telefon 0441-50 2397

Das ist der superbequeme Jacoboform-Schuh. So breit, wie die Natur den Fuß geschaffen hat. Den gibt's in Oldenburg nur bei **EGGERS**  
Das Fachgeschäft für fußgerechte Schuhe  
Edewechter Landstraße 89  
Telefon 50 27 63  
Mittwoch nachmittags geschlossen

Alles das, was Kreative und Bastler so täglich für ihre Arbeit und für's Hobby gebrauchen, bekommt man mit dem Studienausweis preisgünstig im Fachgeschäft **Spanhake**  
29 oldenburg - lange straße 48  
beim rathaus - ruf 04 41 / 2 74 88

Kopieren • Sortieren • Einbinden  
**KOPIERDIENST**  
• KOPIER-AUFTRAG-SERVICE •  
Examensarbeiten schnell u. gut  
Ammerländer Heerstraße 88  
Fernsprecher 0441/7 63 74  
KOPIERPREIS je Stück  
DIN A 4 DM **0,12**

Grund- & bodensolide  
**ÖBS** Immobilien GmbH  
OLDENBURG, MARKT, RUF 0441/2371  
Landesbausparkasse der Sparkassen

Mit der **ÖBS** den Grundstein legen.  
**ÖBS** Öffentliche Bausparkasse  
OLDENBURG • BREMEN • WILHELMSHAVEN